Dagmar Hamdi • Hagsfelder Allee 13A • 76131 Karlsruhe

Oberbürgermeister Heinz Fenrich Rathaus am Marktplatz 76124 Karlsruhe



Diskussionsveranstaltung

"Wir reden trotzdem! 40 Jahre Berufsverbote und kein Ende" hier: Entschließung der Versammlung am 28. März im DGB-Haus Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Fenrich,

die Versammlung im voll besetzten großen Saal des DGB-Hauses hat einstimmig die folgende Entschließung angenommen:

"Die Stadt Karlsruhe wird aufgefordert, unverzüglich die Praxis zu beenden, neu einzustellenden Beschäftigten Verpflichtungen zur Verfassungstreue zur Unterschrift vorzulegen. Das ist die Praxis der skandalösen Berufsverbote, die nunmehr in das fünfte Jahrzehnt geht."

Als VersammlungsteilnehmerInnen haben wir es übernommen, Ihnen diese Entschließung mit der Bitte um Kenntnisnahme, Prüfung und Veranlassung zu übermitteln.

Wir verweisen dazu auch auf die Presse-Mitteilung der Partei DIE LINKE. im Stadtrat vom 3. April 2012.

Eine entsprechende Mitteilung wird mit gleicher Post an die Fraktionen des Gemeindesrats gerichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Hamal

Dagmar Hamdi, Michael Csaszkóczy, Gerlinde Fronemann, Maria Kraushaar-Jettinger, Klaus Lipps, Tina Lipps, Dietrich Schulze, Silvia Schulze, Kurt Rentschler, Sonnhild Thiel, Ulli Thiel

Inhaltsgleiches Schreiben an Erste Bürgermeisterin Margret Mergen

Dagmar Hamdi Hagsfelder Allee 13A 76131 Karlsruhe

Gemeinderat Karlsruhe CDU-Fraktion, GRÜNE Fraktion. SPD-Fraktion FDP-Fraktion, Fraktion Karlsruher Liste Die Linke, Freie Wähler Karlsruhe Gemeinsam für Karlsruhe

Geschäftsstellen Hebelstr. 13 76133 Karlsruhe

Diskussionsveranstaltung

"Wir reden trotzdem! 40 Jahre Berufsverbote und kein Ende" hier: Entschließung der Versammlung am 28. März im DGB-Haus Karlsruhe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Versammlung im voll besetzten großen Saal des DGB-Hauses hat einstimmig die folgende Entschließung angenommen:

"Die Stadt Karlsruhe wird aufgefordert, unverzüglich die Praxis zu beenden, neu einzustellenden Beschäftigten Verpflichtungen zur Verfassungstreue zur Unterschrift vorzulegen. Das ist die Praxis der skandalösen Berufsverbote, die nunmehr in das fünfte Jahrzehnt geht."

Ein entsprechendes Schreiben ging mit gleicher Post an Herrn Oberbürgermeister Heinz Fenrich und die Erste Bürgermeisterin Frau Margret Mergen.

In der von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung heißt es weiter:

"Von den Fraktionen des Gemeinderats wird erwartet, einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss zu erwirken, um der Demokratie willen."

Als VersammlungsteilnehmerInnen haben wir es übernommen, Ihnen diese Entschließung mit der Bitte um Kenntnisnahme, Prüfung und Beschlussfassung zu übermitteln.

Für eine Rückantwort wären Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Dagmar Hamdi, Michael Csaszkóczy, Gerlinde Fronemann, Maria Kraushaar-Jettinger, Klaus Lipps, Tina Lipps, Dietrich Schulze, Silvia Schulze, Kurt Rentschler, Sonnhild Thiel, Ulli Thiel

DGB-Region Nordbaden

und Gewerkschaften in der Region:

- Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) Bezirksverband Nordbaden
- Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE) Bezirk Karlsruhe
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bezirk Nordbaden
- Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) Verwaltungsstelle Karlsruhe
- Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) Region Mittelbaden-Nordschwarzwald alle Ettlinger Str. 3 a, 76137 Karlsruhe
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
 Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald, Rüppurrer Str. 1a, 76137 Karlsruhe
- Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Geschäftsstelle Karlsruhe
 Nebeniusstraße 30 32, 76137 Karlsruhe
- Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kreisgruppe Karlsruhe PP, Kollege Harald Vogel, Polizeirevier, Hauptstraße 11, 76669 Bad Schönborn

Diskussionsveranstaltung

"Wir reden trotzdem! 40 Jahre Berufsverbote und kein Ende" hier: Entschließung der Versammlung am 28. März im DGB-Haus Karlsruhe

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Versammlung im voll besetzten großen Saal des DGB-Hauses hat einstimmig die folgende Entschließung angenommen:

"Die Stadt Karlsruhe wird aufgefordert, unverzüglich die Praxis zu beenden, neu einzustellenden Beschäftigten Verpflichtungen zur Verfassungstreue zur Unterschrift vorzulegen. Das ist die Praxis der skandalösen Berufsverbote, die nunmehr in das fünfte Jahrzehnt geht. Von den Fraktionen des Gemeinderats wird erwartet, einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss zu erwirken, um der Demokratie willen. Vom DGB und von den Einzelgewerkschaften wird erwartet, diese Forderung an die Stadt Karlsruhe zu unterstützen."

Als VersammlungsteilnehmerInnen haben wir es übernommen, Euch diese Entschließung mit der Bitte um Unterstützung zu übermitteln.

Diesbezügliche Schreiben gingen mit gleicher Post an Oberbürgermeister Heinz Fenrich, Erste Bürgermeisterin Margret Mergen und die Gemeinderatsfraktionen (Anlagen).

Mit freundlichen Grüßen

Dagmar Hamdi, Michael Csaszkóczy, Gerlinde Fronemann, Maria Kraushaar-Jettinger, Klaus Lipps, Tina Lipps, Dietrich Schulze, Silvia Schulze, Kurt Rentschler, Sonnhild Thiel, Ulli Thiel